

Gunther Hellmann

Der neue Zwang zur großen Politik und die Wiederentdeckung besserer Welten

Eine Einladung zur Transformation der Auseinandersetzung über die machtpolitische Resozialisierung deutscher Außenpolitik

„Die Zeit für kleine Politik ist vorbei.“

Friedrich Wilhelm Nietzsche

„Woran wir glauben, hängt von dem ab, was wir lernen.

Wir alle glauben, es sei unmöglich, auf den Mond zu kommen;
aber es könnte Leute geben, die glauben,
es sei möglich und geschehe manchmal.

Wir sagen: diese wissen Vieles nicht, was wir wissen.

Und sie mögen ihrer Sache noch so sicher sein,
sie sind im Irrtum, und wir wissen es.

Wenn wir unser System des Wissens mit ihrem vergleichen,
so zeigt sich ihres als das weit ärmere.“

Ludwig Wittgenstein

„Ich beginne und ich ende mit der Idee einer realistischen Utopie.

Die politische Philosophie ist realistisch-utopisch,
wenn sie die Grenzen dessen,

was wir gewöhnlich für praktisch-politisch
möglich halten, ausdehnt.“

John Rawls

Wissenschaft ist immer auch ein Streit um treffende Beschreibungen, überzeugende Erklärungen oder den Horizont erweiternde Theorien. Wenn daher streitbare Thesen bestritten werden, hat die wissenschaftliche Auseinandersetzung einen Zweck schon erfüllt. Wenn sie Widerspruch *und* Zustimmung finden, dann

* Dr. Gunther Hellmann, geb. 1960, Professor für Politikwissenschaft an der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt a.M.

scheint zumindest ein wunder Punkt getroffen, an dem sich ein Streit tatsächlich lohnt. Die zahlreichen und vielfältigen Reaktionen, die mein Beitrag an diesem „Streitplatz“ vor einem Jahr hervorgerufen hat, scheinen (zumindest in der Summe) diese Schlussfolgerung zu rechtfertigen.¹ Gewiss, es gab auch einige Reaktionen, die meine Analyse für abwegig hielten. Selbst die härtesten Kritiker fanden es aber zumindest der Mühe wert, die Abwegigkeit meiner Argumentation schriftlich darzulegen. Von dieser Form der Auseinandersetzung zehrt die Wissenschaft und für diese Mühe danke ich *allen* meinen Kritikern.

In der Sache wird es nicht verwundern, dass ich meine Sicht der Dinge (auch hier: in der Summe) eher gestärkt als geschwächt sehe. Sich als Streitanbieter am Ende alles in allem bestätigt zu sehen, gehört natürlich einerseits zu den impliziten Regeln, nach denen Auseinandersetzungen wie diese in der Wissenschaft geführt werden. Ich meine allerdings, dass es im vergangenen Jahr auch neue politische Entwicklungen gab, die meine These der machtpolitischen Resozialisierung der deutschen Außenpolitik erhärten. Zudem legen die Entgegnungen der Kritiker diesen Schluss *in der Zusammenschau* nahe – und zwar selbst dann, wenn sie mir *einzelnen* widersprechen. Die nachfolgende Erwiderung auf die zahlreichen Beiträge in der Debatte unter dem Stichwort „Großmächtiges Deutschland“ soll sich allerdings nicht in einzelnen Repliken verlieren. Vielmehr will ich diese Beiträge zum Anlass nehmen, zwei Ziele zu erreichen: (1) eine Skizzierung der Diskurslandschaft über deutsche Außenpolitik vorzunehmen, wie sie sich mir im Lichte der Beiträge darstellt und hier und da einige mir vordringlich erscheinende Forschungsfragen zu formulieren, die sich an den Schnittstellen der heftigsten Kontroversen zeigen; (2) einen Aspekt etwas ausführlicher aufzugreifen, der vor einem Jahr nur knapp gestreift (und auch in den Kritiken eher etwas beiläufig behandelt) wurde, der mir aber für die zukünftige Profilierung deutscher Außenpolitik von herausragender Bedeutung zu sein scheint.

1. Grenzverschiebungen im außenpolitischen Diskurs

Ein diskursives Feld wird durch die Beschreibung von Möglichkeitshorizonten begrenzt. Vor diesem Hintergrund können Zustimmung und Widerspruch zur These der machtpolitischen Resozialisierung dann als kollektiver Blick auf Zu-

¹ Vgl. Gunther Hellmann, Wider die machtpolitische Resozialisierung der deutschen Außenpolitik. Ein Plädoyer für offensiven Idealismus, in: WeltTrends, 12. Jahrgang, Heft 42 (Frühjahr 2004), S. 79-88, sowie die zahlreichen Beiträge unter dem Streitplatz-Titel „Großmächtiges Deutschland“ in den nachfolgenden Heften 43 bis 46. Wie im ursprünglichen Beitrag verzichte ich an dieser Stelle auf ausführliche Belege. Diese finden sich allerdings wie auch damals in einer erweiterten Fassung, die unter http://www.soz.uni-frankfurt.de/hellmann/mat/Welttrends_2005_erweitert.pdf verfügbar ist.

stand und Perspektiven deutscher Außenpolitik gelesen werden, wenn die Auswahl der Kritiker das Spektrum der Einschätzungen deutscher Außenpolitik einigermaßen repräsentativ abdeckt. Dies scheint mir in der Tat gegeben zu sein. Aus diesem Blickwinkel sind dann mindestens drei Beobachtungen festhaltenswert.

(1) Einige Reaktionen waren natürlich vorhersehbar, wenn man die Verortung der jeweiligen Beobachter im akademischen bzw. politischen Diskurs in Rechnung stellt. Da sich meine Kritik notgedrungen auf die Politik der gegenwärtigen Bundesregierung richtete, ist es leicht nachvollziehbar, dass sie deren Anhängern eher abwegig oder gar „albern“ (Schmierer) erscheint. Ähnlich vorhersehbar war, dass sie bei Vertretern der gegenwärtigen Opposition Unterstützung findet. Auch im akademischen Umfeld wäre es überraschend gewesen, wenn meine Kritik jene überzeugt hätte, die in der realistischen Tradition eine Rückkehr Deutschlands auf den „Weg zu einer Großmacht“ (Masala) nicht nur aus theoretischen Überlegungen erwartet haben, sondern auch politisch für wünschenswert erachten.

All dies mag daher wenig überraschen. Bemerkenswert ist allerdings schon, dass sich in der Kombination einiger dieser Entgegnungen neue Diskurskoalitionen formiert haben, die noch vor zehn Jahren völlig undenkbar gewesen wären. Dass sich dabei eine (teils starke, teils zögerliche) Befürwortung der Gegenmachtbildung gegenüber den USA heraus schält, wie sie sich zunehmend auch in der öffentlichen Meinung findet, ist für sich genommen noch nicht besonders auffällig. Erstaunlich ist jedoch, dass sich hier Stimmen vereinen, die sich bislang nicht auf derselben Seite fanden – und die sich als neue Diskurskoalitionspartner auch jetzt noch eher misstrauisch beäugen: Zum einen sind dies Stimmen, die sich im akademischen Diskurs selbst in der „realistischen“ Schule verorten und die politisch eher dem bürgerlich-konservativen Lager zuzurechnen sind. Zum anderen sind es aber auch solche Stimmen, die früher mit dem Etikett „internationalistisch“ belegt wurden (bzw. sich selbst so etikettierten), die jetzt allerdings einer „modernen machtpolitischen Perspektive“ (Volmer/Brozus) in der deutschen Außenpolitik das Wort reden. Ob (bzw. worin) sich moderne und vormoderne Machtpolitik unterscheiden, ist ein genauso ernst zu nehmendes Problem wie die Frage, welcher Macht(-politik)-Begriff in diesem Zusammenhang sinnvollerweise zum Einsatz kommt bzw. kommen sollte. Jedenfalls scheint mir die in dieser diskursiven Neugruppierung zum Ausdruck kommende Renaissance des Realismus im außenpolitischen Diskurs Deutschlands ein weiterer eindrucksvoller Beleg der machtpolitischen Resozialisierung deutscher Außenpolitik zu sein.

(2) Weniger absehbar, aber für die Markierung der neuen Grenzverläufe des Diskursraumes über deutsche Außenpolitik recht aussagekräftig waren einige andere Reaktionen, die man an zwei Trennlinien festmachen kann: zum einen an der Unterscheidung zwischen in- und ausländischen Kritikern, zum anderen an der Binnendifferenzierung zwischen zwei Arten von ausländischen Kritikern. Während die Trennlinien zwischen inländischen Kritikern sowohl ein gutes Abbild der Verschiebungen wie auch der Akzentuierung neuer Konfliktlinien bieten, spiegeln sich in den Reaktionen der ausländischen Kolleginnen und Kollegen vor allem Enttäuschungen und Sorgen über die deutsche Außenpolitik selbst (Hoffnung scheint hier nur selten auf). Von wenigen Ausnahmen abgesehen halten die inländischen Kritiker den (entweder immer schon da gewesenen oder nunmehr neu aufscheinenden) zunehmenden Rekurs auf machtpolitische Praktiken für völlig normal und auch weit gehend unproblematisch. In jedem Fall scheint er einer Mehrheit geradezu unvermeidlich – und die Annahme des Gegenteils höchst befremdlich. Auch die beiden US-amerikanischen Kollegen Campbell und Berger sehen hinter meiner Ermahnung zu machtpolitischer Enthaltsamkeit wie mancher deutsche Kritiker eher alte Bonner „Bequemlichkeiten“ als neue Verantwortungspolitik. Vor allem aber scheint sie (und dies dann durchaus im Widerspruch zu den inländischen Kritikern) die damit (vermeintlich) einher gehende Entsolidarisierung mit der auf kooperationswillige Partner angewiesenen Vormacht USA zu irritieren. Dass diese Entsolidarisierung bereits in vollem Gange ist – und dass sie ursächlich gerade auf diese machtpolitische Resozialisierung deutscher Außenpolitik zurück geführt werden könnte – scheinen sie allerdings auszuschließen.

Mindestens genauso bedenkenswert scheinen mir aber die Unterschiede, die sich bei einer zweiten Gruppe ausländischer Kollegen beobachten lassen, die aus kleineren Staaten im unmittelbaren Umfeld Deutschlands kommen – Staaten also, die in jüngerer und ferner Vergangenheit ihre eigenen historischen Erfahrungen mit deutscher Außenpolitik gemacht haben. Ihnen allen erscheint die Apologie der „sanften“ Machtpolitik (Bredow) keineswegs so beruhigend wie sie sich aus der Inlandsperspektive darstellen mag – und zwar selbst dann, wenn ihnen weniger eine machtpolitische Resozialisierung als eine durchaus klassische „Renationalisierung“ zu drohen scheint (Handl). Die Spiegelung deutscher Selbstbilder in den Fremdbildern der Betroffenen „sanfter Machtpolitik“ kann daher nur jene beruhigen, die vom Einsatz „sanfter Macht“ im Zweifelsfall profitieren.

(3) Eine dritte Auffälligkeit, die als (eher unfreiwilliger) Beleg meiner These gelesen werden kann, lässt sich schließlich an dem fest machen, was *keine* Antwort fand. In meinem Streitangebot hatte ich mögliche Kritiker explizit aufgefordert, auf zwei Punkte einzugehen: zum einen alternative Beschreibungen anzubieten (wie z.B. jene einer „anhaltenden Europäisierung deutscher Außenpo-

litik“), falls sie meiner dramatisierenden Beschreibung einer machtpolitischen Resozialisierung widersprechen wollten; zum anderen zu begründen, wie „eine Welt voller ‚normaler‘ Außenpolitik eine bessere Welt“ sein könnte, falls mein „offensiver Idealismus“ abgelehnt würde.

Die erste Aufforderung wurde selten aufgegriffen. Stattdessen beschränkten sich die Entgegnungen – verkürzt und zugespitzt – zumeist auf Variationen folgender Erwiderungen: *Sofern* sich eine machtpolitische Ausrichtung deutscher Außenpolitik tatsächlich in der einen oder anderen Form behaupten lässt, ist sie (a) nicht wirklich neu; (b) bei weitem nicht so problematisch wie von mir suggeriert; und (c) die Folge gewisser äußerer Zwänge bzw. unvermeidlicher „Anpassungen“ an veränderte Rahmenbedingungen, Entwicklungen also, die für die außenpolitischen Entscheidungsträger Deutschlands nicht wirklich entscheidbar gewesen sind. Noch bemerkenswerter ist, dass kein einziger Kritiker argumentiert, die frühere idealisierende Beschreibung eines „europäischen Deutschland“ wäre eine angemessene alternative Beschreibung des Zustands und/oder der Perspektiven deutscher Außenpolitik. Des Weiteren lässt sich auch kein einziger Kritiker auf ein normatives Argument ein, wie die von ihr/ihm beobachteten tatsächlichen Trends (bzw. die von ihm/ihr präferierte normative Ausrichtung) deutscher Außenpolitik zu einer „besseren Welt“ führen könnte.

Aus diesen beiden Befunden lässt sich zweierlei folgern: (a) dass selbst dann, wenn mein Beschreibungsangebot abgelehnt wird, selten „positive“ Alternativbeschreibungen unterbreitet werden, d.h. im besten Fall also Ungewissheit herrscht, wie „die Lage“ zu beschreiben ist; (b) dass sich die Nachbarn Deutschlands und der Rest der Welt schon deshalb auf (noch) mehr deutsche „Normalität“ einstellen sollten, weil sich in der diskursiven Absteckung des neuen außenpolitischen Möglichkeitshorizonts Welten *jenseits* dieser „Normalität“ anscheinend nur unter dem (abfällig gebrauchten) Stichwort der „Utopie“ denken lassen. Die Deutschen sind insofern spätestens jetzt in der „Welt der Realität“ (G. Schröder) angekommen. Nichts spiegelt diese neue Normalität besser als die Tatsache, dass mittlerweile die Aufgabe des „utopischen“ Ziels eines europäischen Sitzes im UN-Sicherheitsrat (J. Fischer) zugunsten eines nationalen ständigen Sitzes über fast alle politischen Lager hinweg geteilt wird. Im Sinne Nietzsches bricht sich hier der „Zwang zur großen Politik“ endgültig freie Bahn. Eine nahe liegende *Erklärung*, die die Frage nach Rechtfertigung *oder* Kritik noch offen lässt, findet sich in den traditionellen Varianten des Realismus, die auf Thukydides, Macchiavelli und Hobbes zurückgehen. Im Gegensatz zu den modernen Realisten Morgenthau, Waltz und Mearsheimer sahen diese im Streben nach Prestige eine ähnlich gewichtige Ursache außenpolitischen Handelns und internationaler Prozesse wie im Streben nach Macht und Wohlfahrt. In wie weit eine solche Prestige-Hypothese tatsächlich zutrifft, ist eine der spannendsten Fragen einer auf zeitgenössische Entwicklungen fokussierten wissenschaftlichen Analyse deutscher

Außenpolitik.

Diesen neuen Zwang zur großen Politik kann man (im Unterschied zur hier vertretenen Auffassung) natürlich für wünschenswert halten. Im „Don't-worry-be-happy“-Realismus Carlo Masalas findet sich dieses Plädoyer in einer erfreulichen Klarheit. Die Kritik am offensiven Idealismus verbleibt ansonsten aber eher im Nebel des Vokabulars um die eherne Bonner Außenpolitik-Begrifflichkeit, die weiterhin auch die Regierungsrhetorik anleitet. Wenn die Grundthese dieses Beitrages stimmt, wird sich in den kommenden Jahren und Jahrzehnten aber auch dieser Nebel zunehmend lichten und das offene Bekenntnis zu einer „realistischen“ Sicht der Welt im politischen wie auch im akademischen Diskurs weiter an Bedeutung gewinnen. Dies schließt die Rückkehr zu den deutschen Wurzeln des Realismus ein. An verschiedenen Stellen ist sie bereits zu beobachten. Sollte sich dieses Szenario tatsächlich bewahrheiten, würden die machtpolitische Resozialisierung der deutschen Außenpolitik und die realistische Resozialisierung der deutschen Außenpolitikanalyse dann jene Korrespondenz wieder erlangen, die sich in der Geschichte der Internationalen Beziehungen in der Rückkopplung zwischen realweltlichen außenpolitischen Entwicklungen einerseits und innerakademischen Entwicklungen andererseits schon häufig fand (und, wie manche meinen: fast zwangsläufig auch früher oder später einstellen muss).

2. Realistische Utopien und die Ausdehnung der Grenzen des praktisch-politisch Möglichen

In der Zusammenschau stellt sich der Streit unter dem Stichwort „Großmächtiges Deutschland“ als eine Kontroverse um die angemessene Beschreibung dessen dar, was deutsche Außenpolitik heute im Kern auszeichnet. Wohlgemerkt: Gestritten wird (von wenigen Ausnahmen abgesehen) keineswegs um die Erklärung oder gar Theoretisierung von vermeintlichen Veränderungen deutscher Außenpolitik. Strittig ist im Kern vielmehr das, was Ludwig Wittgenstein als „bloße Beschreibung“ kennzeichnet, die *vor jeder* Erklärung liegen müsse.

Konkurrierende Beschreibungen wie jene eines machtpolitisch resozialisierten Deutschland bzw. eines Deutschland, das sich im Gegensatz zu einer solchen neoklassischen „Großmacht“-Identität als Sozialisationsagentur einer weltpolitischen Transformation begreift, sind auch für die Gestaltung von Zukunft nicht folgenlos. Ein Spezifikum des wissenschaftlichen Diskurses über Außenpolitik – und zwar der *Außenpolitik aller Staaten* wie auch der *Außenpolitik in jeglicher Form* – war nun immer schon, dass er sich vor allem diesseits der Unterscheidung zwischen „Sein“ und „Sollen“ ausbreitete. Das zeigt sich bereits in den Selbstbeschreibungen der Wissenschaftler. Zum „Realismus“ bekannte sich schon immer (und bekennt sich immer noch) zumindest eine lautstarke Minderheit. Unter Außenpolitikwissenschaftlern war demgegenüber „Idealist“ nie eine stol-

ze Selbstbeschreibung, sondern stets eine polemische Fremdbeschreibung. (Neo-)liberaler „Rationalismus“ und „Konstruktivismus“ sind in diesem Sinne die Erben des traditionellen „idealistischen“ Widerparts zum Realismus. Sie haben sich dem Realismus allerdings insofern ergeben, als sie in der Propagierung des positivistischen Theorieideals den Verzicht auf die Carr'sche „Utopie“ auch zu ihrem Programm gemacht haben. Normative Theorie ist in den Internationalen Beziehungen und, mehr noch, in der Außenpolitikanalyse immer eine Seltenheit gewesen. Wenn sich die Beschäftigung mit Politik in der Staatenwelt mit dem Adelstitel der „Wissenschaft“ schmücken wollte, musste sie immer „zwischen der Analyse dessen, was ist, und der Wunschvorstellung über das, was sein soll, unterscheiden“ lernen (E.H. Carr), denn erst wenn in der Folge des Einsturzes eines visionären Projekts „das Denken“ – jene „schwierige und rücksichtslose Analyse der Wirklichkeit“ – die Überhand über die „Wunschträume“ gewinne, entstehe Wissenschaft.

Diese auch bei einigen meiner Kritiker vorhandene Vorstellung muss höchst befremdlich erscheinen, wenn individuellen und kollektiven Überzeugungen *wirklichkeitserzeugende* Bedeutung zugewiesen wird. Im zweiten Eingangszitat wird Wittgenstein mit der Aussage zitiert, dass das, woran wir glauben, von dem abhängt, was wir lernen. Die Pointe seines Mond-Beispiels ist nun aber gerade, dass sich im Abstand jener knapp 20 Jahre zwischen der Entstehung seines letzten Werks „Über Gewissheit“ (um 1950/51) und der ersten Landung auf dem Mond im Jahre 1969 Lernprozesse vollzogen haben, die unseren Glauben veränderten und im Nachhinein gerade jenes „System des Wissens“ als „das weit ärmere“ entlarvten, das die Unmöglichkeit einer Mondlandung suggerierte. In Analogie gerieren sich die heutigen Realisten, die dem idealistischen Impuls ihrer Vorväter abgeschworen haben, nach wie vor als jene, die unter Verweis auf die menschliche „Natur“, das Wesen der (National-) Staaten oder die anarchische „Struktur“ des internationalen Systems die Unmöglichkeit einer grundlegenden weltpolitischen Transformation propagieren, die mit diesen natürlichen Strukturvorgaben bricht. Im Repertoire fachdisziplinärer Abrichtung wird angehenden Politikwissenschaftlern noch immer vermittelt, dass Anarchie ein unveränderliches Strukturmerkmal des internationalen Systems sei – zumindest, dass dies die realistische Tradition so sieht. „Großmachtkonzerte“ und andere Metaphern zur Beschreibung „polarer“ Konstellationen entlang eines Kontinuums von der „Uni-“ über die „Bi-“ bis zur „Multipolarität“ (und damit jeweils einher gehenden spezifischen Dynamiken der Gegenmachtbildung) sind aus diesem Blickwinkel nicht nur „normal“ (d.h. politisch zu *rechtfertigen*), sondern auch unausweichlich, d.h. sie folgen zwingend aus bestimmten *theoretischen* Überlegungen. Dieses Wissen um die vermeintlichen Mechanismen der internationalen Politik hat zumeist auch eine bessere Überlebenschance, wenn aus Universitätsabsolventen der Politikwissenschaft letztlich Abgeordnete, Diplomaten und andere außenpoliti-

sche Entscheidungsträger werden und dieser Realismus damit eine neue Chance erhält sich als historisch bewährte (weil sich stets selbst erfüllende) Prophezeiung zu behaupten.

So wie sich allerdings in Wittgensteins Beispiel gezeigt hat, dass mit den technischen Fortschritten der Raumfahrt neue Horizonte des Möglichen erschlossen wurden und sich entsprechend auch unsere Systeme des Wissens veränderten, so ist es nicht nur denkbar, sondern auch im Sinne Rawls' praktisch-politisch möglich, dass zukünftig grundlegendere weltpolitische Transformationen realisiert werden können, die ich in meinem ursprünglichen Beitrag gegen Ende andeutete. Da Überzeugungen Handlungsregeln sind, wird der Glaube an die ständige Wiederkehr polarer Machtkonstellationen und zwanghaft damit einher gehender machtpolitischer Praktiken nur so lange das Handeln anleiten wie andere mögliche Welten nicht von hinreichend vielen Praktikern gedacht und tatsächlich geschaffen werden. In dieser durch und durch idealistischen Auffassung wird nicht geleugnet, dass der realistische Glaube tief verwurzelt und daher auch ausgesprochen wirkungsmächtig ist. Der Glaube an die Welt der machtpolitischen Realitäten ist heute aber nicht tiefer verwurzelt als noch im 18. und 19. Jahrhundert der Glaube an die „naturegegebene“ Hierarchie der Rassen, die unter anderem in der Institution der Sklaverei ihren Ausdruck fand. So wie damals aber durch das Engagement sozialer Bewegungen in den Sklavenhaltergesellschaften selbst die Überzeugung wachsen konnte, dass die Praxis der Sklaverei nicht „naturegegeben“, sondern moralisch verwerflich war und so wie mit dieser Lernerfahrung damit letzten Endes auch die Sklaverei abgeschafft werden konnte, so ist es heute „realistisch-utopisch“ wünschbar und daher prinzipiell auch möglich, eine bessere Welt zu schaffen, in der Machtpolitik „klassischer“ wie auch „moderner“ Art immer mehr durch zwischen- und überstaatliche Verregelung gezähmt wird.

Die Bundesrepublik Deutschland, so mein ursprüngliches Argument, bringt beste Voraussetzungen mit, zusammen mit anderen eine mittel- bis langfristige Transformation großmachtpolitischer Praktiken zu bewirken. Die historische Prägung durch die Erfahrungen mit diesen Praktiken von der Mitte des 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts ist nach 1945 zu neuen Lehren geronnen. Diese Lehren haben sich in der Folge als einzigartig erfolgreich erwiesen, um dauerhaft Frieden zu schaffen, Freiheit zu sichern – und letzten Endes sogar das lange Zeit utopisch erscheinende Ziel der „Einheit der Nation“ in den Horizont des praktisch-politisch Möglichen zu rücken. Dieses vereinigte Deutschland verfügt in der internationalen Politik zudem über jenes machtpolitische „Gewicht“, das nötig ist, um solche Veränderungen anzustoßen. Bedauerlicherweise schickt sich eine große außenpolitische Diskurskoalition von Normalitätsanhängern aber gerade an, jene vormodernen Regierungspraktiken wieder zu erlernen, die in der Welt

der Großmächte vermeintlich Erfolg sichern. Dies schien (und scheint) mir Ausdruck einer tief greifenden Krise zu sein. Wie nahezu alle Kritiker hoffe auch ich, dass sich meine düsteren Visionen als weit übertrieben erweisen werden. Im Gegensatz zu den meisten unter ihnen bin ich allerdings weit weniger optimistisch, weil unser Wissen über internationale Beziehungen und deutsche Außenpolitik diesen Optimismus nach meinem Dafürhalten nicht rechtfertigt. Wenn sich im Jahr 2015 heraus stellen sollte, dass die Geschichte mein düsteres Szenario widerlegt hat, wäre das wohl auch eine Rechtfertigung eines offensiven Idealismus.